

MISZELLE

Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung

Von Daniel Hildebrand

Kann Natur Gegenstand und Inhalt von Politik werden?¹ Diese Frage ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Namen Herbert Gruhl eng verbunden. Der 1969 für die CDU in den Bundestag gewählte Geschäftsführer eines Datenverarbeitungsunternehmens trat am 16. Dezember 1970 in der ersten großen parlamentarischen Debatte über den Umweltschutz in das Licht einer breiteren Öffentlichkeit: Damals nahm das Problem der Reaktionen von Natur auf deren Nutzung und Umgestaltung infolge einer über einhundertjährigen Industrialisierung Einzug in die Politik, wo es sich in den folgenden Jahren allmählich institutionell verfestigte.

Herbert Gruhl, der eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit so früh erkannte, wurde 1921 als Bauernsohn in Gnaschwitz in der Oberlausitz geboren, erwarb nach der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg das Abitur als Autodidakt und schloss ein Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin mit der Promotion ab. Seine Geschäftsführertätigkeit führte ihn nach Niedersachsen, wo er sich in Barsinghausen niederließ und für die CDU von 1961 bis 1972 im Stadtrat saß. Der Partei war er bereits 1954 in Berlin beigetreten.² Gruhl starb 1993 in Regensburg. Sein Nachlass ist jetzt archiviert im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung zugänglich.³

Den Begriff des Umweltschutzes definierte Gruhl von Beginn an umfassend: »Wir meinen damit«, so erläuterte er in seiner Bundestagsrede, »Schutz des Lebens überhaupt ... vor dem Menschen selbst, vor seinem eigenen Tun und dessen Folgen.«⁴ Von Anfang an sah Gruhl auch den Umweltschutz in der für das Politische kennzeichnenden Antinomie von Ideen und Macht. Unbehagen und Angst angesichts der fortschreitenden ökologischen Gefährdung standen bis dahin unorganisiert im politischen System den Institutionen der Politik, des Rechts und der Wirtschaft gegenüber. Die Interessen des Umweltschutzes artikulierten sich vorwiegend emotional und zumeist vermittelt über

1 Die Ausführungen legen mithin zunächst die klassische Politikdefinition Max Webers zugrunde, Politik als Verteilung(skampf) von Macht anzusehen, Max WEBER, *Politik als Beruf*, Berlin 1968, S. 9. Dass eben jenes Konzept der weitere Gang der Überlegungen in Zweifel zieht, liegt in der Eigenart des Erkenntnisgegenstandes begründet.

2 Die Unterlagen aus Gruhls Berliner CDU-Zeit sind erhalten; ACDP 01-699-007/1.

3 Bestand ACDP 01-699.

4 *Verhandlungen des Dt. Bundestages*, Sten. Ber. 6. WP, Bd. 74, S. 4802.

Gefühle der Bedrohung. Die Interessen waren demgegenüber fest etabliert und folgten seit Generationen eingefahrenen Denk- und Wahrnehmungsmustern. Für Gruhl ging der Konflikt zwischen ideellen Zielen und machttechnischen Möglichkeiten mit einem radikalen Votum für den Primat der Ideen von der Macht aus: Der Gründung einer eigenen Partei, der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) im Jahre 1981.

Dabei entsprach die ökologische Protestbewegung in ihren emotionalen Antrieben vielfach genau den Kräften, aus denen sich der Fortschrittsglaube der Wirtschaftswunderzeit gespeist hatte. In der Wirtschaftswunderbegeisterung war auch die Sozialdemokratie in der Opposition ebenso wie der damalige Atomminister Franz Josef Strauß einer Atomeuphorie erlegen, die sich auf »semantische Überschusspotentiale« des Atom-Begriffs gründete.⁵ Diese Potentiale schienen nun durch die ökologische Protestbewegung gleichsam einen Vorzeichenwechsel zu erfahren, was ihrer Kraft und Stärke keinen Abbruch tat.

Der Fall Gruhl hat nach dem Erfolg der Grünen in den achtziger Jahren die Frage aufgeworfen, ob die CDU gegenüber der Umweltbewegung in ihrer Funktion als Volkspartei versagt habe. Tatsächlich scheint es sich bei der Umweltbewegung um das erste große soziale Phänomen zu handeln, das die bürgerliche Volkspartei nicht ohne weiteres sofort zu integrieren imstande war.⁶ Dies lag unter anderem auch an der institutionellen Zuordnung, die das Problem innerhalb der Partei fand: Es war ganz überwiegend der Wirtschaftsrat der CDU, der sich zunächst Fragen des Umweltschutzes annahm und die Arbeitsgruppe »Umweltschutz« im Schatten ließ. Das Phänomen des Umweltschutzes weist damit Parallelen zu dem des Verbraucherschutzes in der Gegenwart auf. Beide Aufgaben ressortierten ursprünglich bei Interessenvertretungen von Betroffenen, die die zu bewältigenden Probleme und abzuwehrenden Gefahren erst hervorbrachten. Im Falle des Umweltschutzes war es die Industrie, im Falle des Verbraucherschutzes die Landwirtschaft, die auf die institutionalisierte Politik Einfluss nahm und »Politik machte«. Es fragt sich, warum bei anderen Integrationsproblemen, wie sie Vertriebene und Flüchtlinge, Wiederbewaffnungsgegner oder die Bildungsmisere aufwarfen, die großen Volksparteien sensibler und erfolgreicher antworteten. Warum gestaltete sich die Integration der ökologischen Bewegung so schwierig? Sicher-

5 Bernd RUSINEK, *Das Forschungszentrum*, Frankfurt/M.-New York 1996, S. 16.

6 Überdeutlich wird dies, wenn Gruhl etwa nicht nur die liberalen Denker wie Smith und Malthus, sondern auch Marx zu widerlegen trachtet; vgl. Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert*, Frankfurt/M. 1975, S. 140. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zur Gestalt begründet, die die ökologische Protestbewegung in den achtziger Jahren annahm.

lich lässt sich hierauf nicht eine einzige Antwort geben, die Frage lässt sich auch nicht mit dem Phänomen Herbert Gruhl ohne weiteres gleichsetzen.

Eine herausragende Funktion bei der Entfaltung der ökologischen Bewegung kommt zweifelsohne den Medien zu, ohne die auch die Gruhlsche Karriere nach 1970 kaum erklärbar ist. Die Medien entwickelten, weitgehend gespeist aus einer Zivilisationskepsis der jüngeren Journalistengeneration, schon Anfang der siebziger Jahre ein auffallendes Interesse am Problem des Umweltschutzes. Dass Gruhl nach seinem allseits mit Anerkennung wahrgenommenen und von großer Sachkunde zeugenden Debattenauftritt im Deutschen Bundestag vom Dezember 1970 sich als Gesprächspartner geradezu anbot, ist seiner Korrespondenz zu entnehmen. Im illustrativen Querschnitt wird zugleich deutlich, welch breites Medienspektrum das Umweltthema bewegte.⁷ Mit seinem berühmt gewordenen Bestseller »Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik« aus dem Jahre 1975 trat Gruhl auch selbst als wirkmächtiger Produzent öffentlicher Meinung hervor. Sein Buch problematisiert weit über das Thema Umweltverschmutzung im technisch-naturwissenschaftlichen Sinne hinaus die geistes- und mentalitätsgeschichtlichen Hintergründe und Ursachen der Umweltbedrohung. Die Argumentation löst sich teilweise sogar von der Ausgangsfrage. Der rasche Erfolg dieses Werkes zeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Umweltthema offensichtlich eine Asymmetrie zwischen frei flottierender medialer Wirkmacht und institutionalisierter politischer Macht verursachte. Dass hierbei fehlende institutionelle Macht mit starkem Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein einherging, ermöglichte der ökologischen Protestbewegung über eine vergleichsweise lange Zeit jene »Differenzerhaltung«, auf der die Existenz von Protestbewegungen aufbaut.⁸ Die auffallend langanhaltende politische Ohnmacht der ökologischen Protestbewegung war gerade der Quell ihrer sozialen Kraft. In diesem Zusammenhang wird auch der für die Union folgenschwere Parteiaustritt Gruhls am 11. Juli 1978 erklärlich: In einer Zeit, in der die Grünen noch nicht parteiförmig präsent waren und alternative Gruppen allenfalls in Niedersachsen und Hamburg erwähnenswerte Wahlerfolge zu verzeichnen hatten,⁹ glich der Schritt einem politischen Selbstmord, auch wenn Gruhl zwei Tage später die »Grüne Aktion Zukunft (GAZ)« gründete. Dem Austritt war ein monatelanger, maßgeblich mit dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann ausgetra-

7 ACDP 01-699-001.

8 Niklas LUHMANN (Hg.), *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1997, S. 138.

9 Die ersten Erfolge alternativer Gruppen bei nichtkommunalen Wahlen in Deutschland datieren auf den 4. Juni 1978, die Ergebnisse lagen freilich weit unter der entscheidenden »Fünf-Prozent-Hürde«, Werner JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 5/II), Mannheim 1987, S. 153, 467.

gener Streit vorausgegangen. Wiederholt war Gruhl dabei mit einem Parteiausschlussverfahren gedroht worden.¹⁰ Schützenhilfe hatte der Bundestagsabgeordnete zuletzt nur von der Jungen Union in Südbaden¹¹ und dem RCDS erhalten.¹²

Voll verständlich wird Gruhls Entscheidung aufgrund der großen Kraft, die nicht nur die Umweltbewegung im ganzen, sondern auch ihre prominenten Einzelvertreter im besonderen durch ihre mediale Massenwirkung erhielten.¹³ Diese Resonanz vermochte wiederum das eigene Missionsbewusstsein zu festigen. Durch den Parteiaustritt eines der nach wie vor profiliertesten Vertreter der Umweltbewegung schien wenn nicht ein Rückschritt so doch zumindest eine Stagnation in der Politisierung der Umweltbewegung unvermeidlich zu sein. Es war jener »Totalitätsanspruch ..., die Gesellschaft als Ganzes ändern« zu wollen, der die Ökologen einerseits die Konkurrenz zu den Parteien suchen ließ,¹⁴ andererseits den Wunsch aufkommen ließ, sich über die Parteien zu stellen.

Die Frage drängt sich auf, wie das Umweltproblem binnen weniger Jahre eine solche unwiderstehliche soziale Dynamik entfalten konnte. Wir haben es hier mit einer ebenso vielschichtigen wie widersprüchlichen Entwicklung zu tun. Der Bewusstseinswandel, der sie begründete, ist in seiner ganzen Tragweite erst in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich geworden: Nämlich im Übergang von der »klassischen Moderne« zu etwas Neuem, für das zumeist Begriffe wie »Postmoderne« oder »Postindustrielles Zeitalter« bemüht werden. Tatsächlich hat Gruhl wie die entstehende ökologische Protestbewegung im allgemeinen früh das Phänomen einer aus dem Gleichgewicht geratenen natürlichen Umwelt als Symptom einer ebenfalls aus dem Gleichgewicht geratenen sozialen Umwelt gedeutet: Nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch persönliche Freiheit seien nicht unbegrenzt zu steigern, so hatte Gruhl 1975 verkündet.¹⁵ Mehr oder weniger dumpf schwappte mit der ökologischen Protestbewegung eine emotionale Welle über die Gesellschaft, die dem Tenor folgte: »So kann es nicht weitergehen.«

Tatsächlich erweist sich rückblickend, dass die ökologische wie ökonomische Krise der westlichen Welt Mitte der siebziger Jahre Symptom grundlegender Veränderungen war, die bis heute andauern:

10 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 16. Juni 1978.

11 *Stuttgarter Zeitung*, 20. Juni 1978.

12 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 26. Juni 1978.

13 Eine Wirkung, die für Gruhl beiläufig auch handfeste materielle Folgen gezeitigt hatte: Durch die Veröffentlichung seines Bestsellers »Ein Planet wird geplündert« hatte sich der Ökologe einen bescheidenen Wohlstand geschaffen; ACDP 01-699-001/3.

14 W. JÄGER/W. LINK (wie Anm. 9), S. 152.

15 H. GRUHL (wie Anm. 6), S. 14.

- der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch, die sich zunächst als Ende des Wirtschaftswachstums darstellte;¹⁶
- der Entkoppelung von Wachstum, Geldwertstabilität, ausgeglichener Handelsbilanz und Arbeitsmarkt, der das Stabilitätsgesetzes von 1967 durch das »magische Viereck« entgegenzusteuern suchte;
- der durch Wertewandel begründeten Entkoppelung des Individuums von jeglichen überindividuellen Bezugsgrößen.

Es drängt sich der Eindruck auf, die in solchen Zeiten beschleunigten Wandels aufkommenden »Endzeit«-Ideologien seien das einzige gewesen, was zumal jüngeren Menschen Identität und Inhalt vermitteln konnte, zumal das Fernsehen diese Strömungen rasch aufnahm.

Gruhls ganzheitlicher Ansatz, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt aufeinander zu beziehen, hatte, wie angedeutet, eine konservative Grundausrichtung. Kehrseite seiner allgemeinen Fortschrittsskepsis war seine indirekte Verherrlichung früherer vor- und frühindustrieller Zeiten. Die immer weiter voranschreitende Industrialisierung führe keinesfalls zu einem Wegfall an Arbeit. Im Gegenteil, die Menschen arbeiteten heute mehr denn je, seien Sklaven des Wohlstandes, argumentierte der Ökologe 1975.¹⁷ Insofern distanzierte sich Gruhl, wenn auch unter negativem Vorzeichen, nicht nur von den Fortschrittsoptimisten, die eine »Freizeitgesellschaft« aufziehen sahen, sondern auch von jenen Gruppen, die sich vor Arbeitslosigkeit fürchteten. In einem gewissen Sinne entzog Gruhl sich zwar damit den damals vorherrschenden Konfliktlinien, bot aber mit seiner konservativen Sicht durchaus Integrationspotential für bürgerliche Kräfte. Seine Gesellschaftskritik ging freilich weiter in eine Richtung, die knapp dreißig Jahre später für keine demokratische Kraft mehr politisch tragbar sein dürfte. Nach seiner Ansicht nähme die Dienstleistung im ursprünglichen Sinne in Deutschland im Gefolge der vorangeschrittenen Industrialisierung keinesfalls zu: »Wer persönliche Dienstleistungen schätzt, der muss in ein Entwicklungsland reisen – dort bekommt er sie! Wer dagegen in Deutschland als Tourist Dienstleistungen sucht, der bekommt entweder eine lustlose deutsche Bedienung oder eine solche durch Ausländer, denen er nicht einmal seine Wünsche ganz verständlich machen kann.«¹⁸ Aus der Analyse und Kritik der industriellen Entwicklung zog Gruhl also Folgerungen, die nicht nur den Bereich des Umweltschutzes weit hinter sich ließen, sondern die mit der linken Herkunft und Genese der institutionalisierten Umweltbewegung durch die »Grünen« in den achtziger Jahren nichts gemein hatten. Für eine

16 Leon A. NEFIODOW, *Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information*, Sankt Augustin 1997, S. 9f.

17 H. GRUHL (wie Anm. 6), S. 147ff.

18 EBD. S. 155.

Volkspartei wie die CDU jedenfalls war bereits Mitte der siebziger Jahre die Entwicklung der Gesellschaft zu weit vorangeschritten, um derartige gesellschaftspolitische Konservatismen zu integrieren. Vor allem die grundsätzliche Skepsis Gruhls gegenüber persönlicher Freiheit und zunehmendem Individualismus dürfte im Bundestagswahlkampf 1976 für die Union nur schwer verwertbar gewesen sein. Das ganzheitliche Konzept, die Gesellschaft in toto zu ändern und die Krise der Natur als Funktion einer allgemeinen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise anzusehen, verband Gruhl mit den Alternativen linker Provenienz.

Aus diesen gesellschafts- und wertepolitischen Vorstellungen erklärt sich, warum die zwei Jahre nach seinem Austritt aus der CDU erfolgte Mitgründung der »Grünen« (1980) für Gruhl nur ein Zwischenspiel darstellte. Namentlich die Frage der Doppelmitgliedschaft in den sogenannten K-Gruppen und den »Grünen« wurde für Gruhl nicht hinreichend eindeutig negativ beantwortet,¹⁹ um in der neuen Partei zu bleiben. Auf eine Vorstandskandidatur hatte er bereits verzichtet.²⁰ Auch die Angebote mehrerer Landesverbände, ihn für die Bundestagswahl als Kandidaten aufzustellen, lehnte der schon damals allgemein als verbittert charakterisierte Ökologe ab. Bereits im Januar 1981 trat der inzwischen mandatslose Politiker auch aus der Partei der »Grünen« aus,²¹ weil er zu der Überzeugung gelangt sei, »dass eine Kursänderung dieser Partei nicht mehr zu erwarten ist«,²² und gründete die ÖDP. Das Ziel, das die Neugründung verfolgen sollte, beschreibt anschaulich eine Wahlanzeige aus dem Jahre 1984: »Was die Grünen bei der SPD bewirken, das möchten wir gerne bei den sogenannten ›christlichen‹ Parteien.«²³ Offensichtlich sollte es der Zweck der Partei sein, als Protestpartei mittelbar auf die Union, Gruhls frühere politische Heimat, Einfluss zu nehmen. Bei allem Sinn für die politischen Realitäten blieb jedoch das Dilemma bestehen, dass sich auf einer solch funktionellen Arbeitsteilung noch weniger als auf jeder anderen Konzeption einer ausschließlich dem ökologischen Protest verpflichteten Partei eine dauerhafte Institutionalisierung von Macht schaffen ließ. Bezeichnenderweise unternahm Gruhl, der als Protestant aus der Lausitz sein Leben in Berlin und Niedersachsen verbracht hatte, den Versuch mit der ÖDP von Bayern aus,²⁴ den Sprung vom Idealisten zum Politiker, von der Idee zur Herrschaft vermochte Gruhl auch auf diese Weise nicht zu schaffen.

19 *Frankfurter Rundschau*, 8. Januar 1980.

20 *Die Welt*, 24. März 1980; *Hamburger Abendblatt*, 25. März 1980.

21 *Süddeutsche Zeitung*, 20. Januar 1981.

22 *Die Zeit*, 23. Januar 1981.

23 ACDP 001-699-011/1.

24 Christine DZUBIEL, Art. *Gruhl*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. von Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 258.

Gruhls Konservatismus verhärtete sich in seinen letzten Lebensjahren: Nachdem die ÖDP 1989 einen Abgrenzungsbeschluss zur NPD und zu den Republikanern verabschiedet hatte, legte ihr Gründer den Vorsitz nieder und trat ein Jahr später aus der Partei aus. Gruhl wandte sich zudem vehement gegen eine einheitliche europäische Währung. Nach dem Untergang der Sowjetunion schrieb er über die Europäische Gemeinschaft: »Man könnte glauben, dass Politbüro sei von Moskau nach Brüssel umgezogen.«²⁵ Er wollte die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die sich rechts der Union positionierten, nicht ausschließen, hatte allerdings das Bedenken, dass »dann ja sofort die Narren kommen – wie bei den Grünen.«²⁶

Während die ÖDP in politischer Bedeutungslosigkeit verharrte, blieb ihr Gründer Gruhl weiter ein beredter und öffentlichkeitswirksamer Protagonist des Umweltschutzes. Immer stärker prägte eine Endzeitstimmung seine Arbeit, immer stärker war sie von einer dem ursprünglichen Anliegen entfernten Denkweise gekennzeichnet, wie die Titel seiner Bücher verdeutlichen: »Der atomare Selbstmord« 1986, zuletzt »Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende« 1992. Die Überlegungen des greisen Ökologen überborden von Endzeittopik. Angesichts des beeindruckenden Politisierungsschubes und beginnender Juridifizierung des Umweltproblems muteten seine Äußerungen zunehmend realitätsfremd an. Mittlerweile war Umweltschutz quer durch alle Parteien längst zu einem zentralen Thema der Politik geworden, was sich nicht zuletzt 1986 in der Gründung eines Bundesministeriums für Umwelt und Naturschutz niederschlug. Die Protestbewegung hatte sich auf unterschiedlichsten Wegen institutionalisiert, teils war sie zur Partei in den Parlamenten geworden (Die Grünen), teils hatte sie den personellen Grundstock für die aufkommende Verwaltung und institutionalisierte Interessenvertretung des Umweltschutzes gebildet.

Kurz vor Gruhls Tod versuchte der damalige niedersächsische Fraktionsvorsitzende Jürgen Gansäuer den Ökologen der ersten Stunde wieder für die CDU zu gewinnen: Längst anerkannte auch die Union Gruhls Wirken. Diese Annäherungsversuche wehrte Gruhl jedoch ab.²⁷ In diesem Sinne bedauerte nach Gruhls Tod auch Norbert Blüm, »dass dieser Prophet einer nachindustriellen Kultur nicht weiter in der CDU gewirkt hat.«²⁸

Während die anfangs so anarchische Protestbewegung zur politischen Herrschaft fand, wurde der am Anfang so etablierte und bürgerliche Politiker Gruhl immer politikferner. Die Politisierung und Institutionalisierung der ökologi-

25 *Der Spiegel*, 23. März 1992.

26 *Rheinischer Merkur*, 12. Juni 1992.

27 *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 28. Juni 1993.

28 dpa-Meldung 0109 vom 26. Juni 1993.

schen Protestbewegung ist von ihm zwar maßgeblich initiiert worden, schließlich war er jedoch derjenige, der isoliert war.